**Öffentlichkeit ohne Beteiligung**

**Politik ignoriert Fachseminar der Bürgerinitiative**

**Gorleben Ein provokanter Titel, ein hochkarätig besetztes Rednerpult, auf dem Podium Vertreter aller in der Endlagerkommission vertretener Parteien – die Alles-Falsch-Veranstaltung der Bürgerinitiative war ein Erfolg. Nur irgendwie anders als gedacht. Von Anja Meyer und Andreas Conradt**

Am Anfang hätte der Blick zurück stehen müssen. Damals, im Frühjahr 2014, wurde von der Politik das Standortauswahlgesetz (StandAG) beschlossen und der „Neuanfang“ bei der „Endlagersuche“ proklamiert. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) – und mit ihr viele Umweltverbände und -initiativen – mahnte noch vor der Unterzeichnung des Gesetztes, zunächst auf die Fehler, die in den vergangenen 40 Jahren in Gorleben gemacht wurden, zu blicken, sie zu benennen und zuzugeben. Nur dieser Blick zurück könne Basis sein für eine demokratische Atommüllpolitik, für einen Prozess, der eine faire, ergebnisoffene und vergleichende Suche nach einem Standort für ein deutsches Atommülllager ermögliche und – richtig gemacht – Akzeptanz in der schließlich betroffenen Region erzeugen könne. Die Mahnung blieb ungehört, als Konsequenz waren die BI und andere wichtige Player der Anti-Atom-Bewegung nicht zur Mitarbeit in der so genannten Endlagerkommission bereit, weil sie Vereinnahmung unter dem Deckmantel der Bürgerbeteiligung befürchteten. „Alle Offerten an uns waren nicht ernst gemeint“, kommentierte der BI-Vorsitzende Martin Donat kürzlich erneut, „wir sollten nur ein Ziel legitimieren, das schon von Vornherein feststand.“

Als die Kommission ihre Arbeit schließlich begann, wurde schnell klar: Die falschen Entscheidungen, die Manipulationen und Tricksereien am und um den Salzstock im Wendland spielten kaum eine Rolle in den Sitzungen, eine Aufarbeitung der Vergangenheit fand nicht statt.

In all dem Konjunktiv, in all dem „hätte sein müssen“ wollte die Bürgerinitiative aber nicht verharren. „Es kann nicht sein“, so verlautete letzten Sommer aus dem Vorstand der BI, „dass unsere Erfahrungen und Befürchtungen in der Politik nicht gehört werden.“ Ein Vortrag der Gorleben-Kritiker im Rahmen der Endlagerkommission kam aus genanntem Grund auch nach einjähriger Arbeit der Kommission nicht in Frage. Eine Einladung aller Parteien zu einer Tagung nach Lüchow dagegen schon. Fachlich fundierte Vorträge, eine ansprechende Location und – nicht unwichtig – ein exzellentes Catering zeichneten die Alles-Falsch-Veranstaltung im Lüchower „Kraftwerk“ Ende Januar aus. Ein guter Ort, um Geschichtsbewältigung erneut einzufordern.

Doch leider: Es blieb beim Konjunktiv! Nur wenige ausgemachte Gorleben-Gegner der Linken und von Bündnis 90 / Die Grünen, darunter der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel und der atompolitische Sprecher der Linken, Hubertus Zdebel, fanden den Weg ins „Kraftwerk“. Für CDU und SPD kamen die örtlichen Bundestagsabgeordneten – und auch das nur zur Podiumsdiskussion. Weitere Prominenz? Fehlanzeige!

Als das Schlusswort verklungen war, die Scheinwerfer abgeschaltet, die Stühle weggeräumt, gab‘s denn auch ratlose Minen bei den Organisator/-innen. Diese offene Ignoranz gegenüber Bürger/-innen, die ihre Politiker/-innen beteiligen wollten, wirkte auf viele Wendländerinnen und Wendländer verstörend. Man hatte mehr „Berliner Publikum“ erwartet: Politiker/-innen der Endlagerkommission, Mitglieder der gesellschaftlichen Gruppen darin, umweltpolitische Sprecher/-innen, wenigstens ein paar Bundes-Grüne. Erlebt hatte man stattdessen Ignoranz auf ganzer Linie!

So blieben die brillanten Vorträge von Journalist/-innen, Geologen und Rechtsanwälten, die erstklassige Moderation, die Podiumsdiskussion von denen ungehört, auf die es letztlich leider ankommt…

Dass auch nur wenige Menschen aus anderen Regionen den Weg nach Lüchow fanden, ist dagegen verständlich – und fällt doch auch wieder auf das Unvermögen der Politik zurück. Denn solange – außer im Wendland – kein Standort auch nur potenziell betroffen ist, wird sich zwar kein Protest regen, aber eben auch eine bundesweite Bürgerbeteiligung nicht funktionieren. Auch das hätten die Referent/-innen in Lüchow den Verweigerern aus Berlin gerne mitgeteilt.

Denn wo seit „Stuttgart 21“ von der Politik ständig „Bürgerbeteiligung“ offeriert wird, da muss diese Politik auch zulassen, dass die Form der Beteiligung aus den Reihen der Bürger/-innen selbst bestimmt und gestaltet wird. Dieses selbstverständliche Recht hat sich die BI mit ihrer Veranstaltung im Januar genommen. Anders als von der Endlagerkommission vor rund zwei Jahren erhofft, hat sie sich nicht in deren Prozess einbinden und sich Bürgerbeteiligung vorgaukeln lassen, sondern ist mit einem eigenen Konzept an den Start gegangen. Sie hat den Spieß umgedreht und Leute, die ihr für den Fortgang der Diskussion wichtig erschienen, nach Lüchow eingeladen. Ins Wendland. An den einzigen benannten Standort für ein Atommülllager. Leider haben sich diese Menschen der angebotenen Auseinandersetzung durch schlichte Abwesenheit widersetzt.

Ein denkbarer Grund dafür: Politik und gesellschaftliche Gruppen empfanden ihr Angebot zur „Mitarbeit“ in der Endlagerkommission vor zwei Jahren als ausreichend, und da die Einladung von der Bürgerinitiative seinerzeit abgelehnt wurde, wollte man jetzt auch der Gegeneinladung nicht folgen… Leider kann auch ein anderer Grund nicht ausgeschlossen werden: Wer, wie die Kommission, der unerschütterlichen Meinung ist, mit einer Veranstaltung für umschmeichelte Lüchower Schüler/-innen und einem wenig frequentierten Internetauftritt in einem so brisanten Themenfeld, wie der dauerhaften Lagerung von Atommüll, genug Bürgerbeteiligung geleistet zu haben, der könnte fatalerweise dazu neigen, mit den wirklich betroffenen Bürger/-innen gar nicht mehr reden zu müssen. Zumal es in der Höhle des Löwen für Artfremde gelegentlich ungemütlich ist.

Nicht aber für die Löwen selbst, und die waren auch zahlreich erschienen. So wurde das, was als Veranstaltung mit Wirkung in die Kommission hinein gedacht war, unverhofft zu einem starken Zeugnis des unermüdlichen Tuns der Bürgerinitiative. Sie sandte damit ein wichtiges Zeichen an Mitglieder und Sympathisanten und stellte erneut ihre fundierte fachliche Arbeit unter Beweis. Wie auf diese Weise auch Wissenstransfer stattfinden kann, wurde am regen Interesse der jungen Menschen im Saal deutlich.

Dass das Fernbleiben der eigentlichen Zielgruppe die Macher/-innen der Lüchower Veranstaltung in ihrem Urteil über den wahren Zustand der Atommülldebatte bestärkt hat, ist dennoch verständlich. Ein Kommissionsvorsitzender, der auf eine Einladung nicht einmal antwortet, sendet ein fatales Signal. Es macht einen großen Unterschied, ob eine ehrenamtlich arbeitende Bürgerinitiative aufgrund sachlicher Gründe die Mitarbeit in der Kommission ablehnt – oder ob gut situierte Politiker/-innen die Teilnahme in Lüchow verweigern, weil sie beleidigt sind. Dabei war der Versuch der Bürgerinitiative, aus einer scheinbaren Bürgerbeteiligung eine echte „Politikerbeteiligung“ zu machen, aller Ehren wert. Das beleidigte Fernbleiben derer aber, die maßgeblich über den weiteren Verlauf einer Suche für ein Atommülllager entscheiden werden, von einer solchen Veranstaltung, zeigt überdeutlich, wie wenig ernst es ihnen mit einer Bürgerbeteiligung ist.

**Hallo Berlin?**

**Hier Wendland!**

Wären Sie, Berlin, Ende Januar in Lüchow gewesen, hätten Sie viel lernen können: Dann hätte der im Wendland ansässige Journalist Karl-Friedrich Kassel den Damen und Herren der CDU von den bekannten Fehlern der Vergangenheit berichten können. Denn er legte in Lüchow mit viel Detailkenntnis dar, wie in den 1970er-Jahren Gorleben nach einem nur drei bis vier Wochen dauernden Auswahlverfahren zum Atommüllentsorgungsstandort benannt wurde. Die Entscheidung sei „bereits vorher hinter den Kulissen gefallen“. Technische und geologische Aspekte seien bei der Entscheidungsfindung unbeachtet geblieben.

Der anschauliche Vergleich, mit dem der Diplom-Geologe Ulrich Schneider seine Sicherheitsbedenken auf den Punkt brachte, hätte vielleicht auch die Kommissions-Hardliner der Atomindustrie nachdenklich gestimmt: „Nehmen wir an, die Luft in einem Autoreifen stellt die Radioaktivität dar, die nicht entweichen darf. Es braucht dann einen Schlauch (den einschlusswirksamen Bereich), einen Mantel (das Wirtsgestein) und schließlich das Profil, Letzteres vergleichbar mit dem Deckgebirge eines Endlagerstandortes. Fehlt dies, wie in Gorleben, handelt man ebenso rechtswidrig wie beim Fahren mit Autoreifen ohne Profil.“

Weil ja aber auch die Mitglieder der Kommission von Bündnis 90 / Die Grünen nicht eindeutig auf der Linie der Anti-Atom-Bewegung agieren, hätte sich die Journalistin Gabi Haas sicherlich gern an sie gewandt und ihnen erklärt, dass das StandAG zwar „ein gutes Instrument beim Vergleich von mehreren Standorten wäre“, aber wegen der zuvor stattgefundenen „vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ (VSG) keine Gleichbehandlung zwischen dem Salzstock im Wendland und potenziellen anderen Standorten bestehen kann. Denn die VSG stellt eine Eignungsprognose für Gorleben dar. Klare Forderung von Haas: „Gorleben muss raus, weil durch die VSG keine Gleichbehandlung mit anderen Orten mehr möglich ist.“

Als Beispiel für eine unglaubwürdige Politik hätte Dieter Schaarschmidt dagegen die Politiker/-innen aller Parteien mit der Geschichte der Salinar-Studie von 1995 konfrontiert: Obwohl Gorleben von dieser Untersuchung diverser Salzstöcke explizit ausgeschlossen war (Schaarschmidt: „Warum eigentlich?“), verkündete die damalige Umweltministerin Angela Merkel als Ergebnis: Für ein Atommülllager sei Gorleben weiterhin die Nummer eins! „Wer so handelt“, hätte er auch den Abgeordneten gerne zugerufen, „macht keine ehrliche Politik!“

Der Rechtsanwalt Nikolaus Piontek hätte sich dagegen über Vertreter der Atomindustrie gefreut. Ihnen hätte er vorgehalten, dass Gorleben seit 1983 nicht nach Atomrecht, sondern nach dem viel weniger strengen Bergrecht und damit gänzlich ohne Öffentlichkeitsbeteiligung ausgebaut worden ist. Piontek bezeichnete das Standortauswahlgesetz zwar als einen Fortschritt, an der Umsetzung allerdings hapere es, denn „Politik und Industrie favorisieren weiterhin Gorleben“.

Ob nun anwesend oder nicht, zum Ende der Tagung sprachen zwei offizielle Vertreter der Bürgerinitiative die Kommissionsmitglieder direkt an. Die Fehleranalyse bei der bisherigen Endlagersuche in Gorleben, so Pressesprecher Wolfgang Ehmke in seiner Zusammenfassung, müsse wissenschaftlich fundiert und dokumentiert werden. Dazu gehöre auch, über beteiligte Institutionen und Personen zu reden. Herauskristallisiert hat sich zudem, dass es eine Pro und Contra-Veranstaltung mit vorhergehendem wissenschaftlichen Review zu Müllarten, Lagerkonzepten, Risiken und Sicherheitskonzepten geben müsse, weil das angeblich noch zu findende Endlager ein Mischlager werden soll – das sei hoch brisant und unverantwortlich.

Der Vorsitzende der BI, Martin Donat, sprach schließlich aus, was viele im Raum dachten: „Die alten Gorleben-Befürworter haben sich eine Möglichkeit der nachträglichen Legimitation geschaffen.“ Die Sitzungen fänden „im Elfenbeinturm“ statt. „Bevor aber die alten Fehler nicht aufgearbeitet sind, nicht alles abgearbeitet ist, gibt es keine Akzeptanz von keinen potenziellen Standort!“ Und direkt an die Kommission richtete er sein abschließendes Urteil: „Ihr habt eure Hausaufgaben nicht gemacht!“

**Eine verantwortungsvolle Endlagersuche …**

… beginnt mit einer größtmöglichen öffentlichen Beteiligung und Diskussion. (Karl-Friedrich Kassel, Journalist)

… braucht 1. Transparenz, 2. den Ausschluss von Gorleben, weil belastet von alten Fehlern, 3. die Einbeziehung *aller* notwendiger Barrieren inklusive Deckgebirge, 4. den Ausschluss wirtschaftlichen Nutzens. (Ulrich Schneider, Dipl.-Geologe)

… beginnt man mit einem ordentlichen wissenschaftlichen Auswahlverfahren und dem Vergleich mehrerer Standorte, ohne vorher von einem Standort einen Eignungsnachweis zu haben. (Gabi Haas, Journalistin)

… beginnt mit einer transparenten und glaubwürdigen Politik. (Dieter Schaarschmidt, Aktivist)

… beginnt damit, dass gleiche Bedingungen geschaffen werden. Zurzeit spricht alles für Gorleben. (Nikolaus Piontek, Rechtsanwalt)

… beginnt mit der Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Endlagersuche. (Dieter Magsam und Martin Lemke, Rechtsanwälte)

… beginnt mit der Aufgabe Gorlebens. Dieser Standort ist für mich politisch verbrannt und geologisch ungeeignet. (Stefan Wenzel, nds. Umweltminister)

… kann niemals damit beginnen, dass man die Öffentlichkeit anschmiert! (Wolfgang Ehmke, Pressesprecher der BI)

… fängt mit der sofortigen Beendigung der Atommüll- und Uranproduktion an – und mit der Beteiligung der Menschen im ganzen Land. (Martin Donat, Vorsitzender der BI)